



Niederschrift

56. Plenarsitzung des Gemeinderates
23. Oktober 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

17.

Punkt 16 der Tagesordnung: Gute Arbeit - zukunftsfähige Stadtverwaltung: Equal Pay für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2018/0582

Fortbestand sozialer Beschäftigungsverhältnisse sichern

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2018/0702

Beschluss:

Ablehnung des Antrags

Abstimmungsergebnis:

Bei 16 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen, mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende setzt die unterbrochene Sitzung um 19:27 Uhr fort und ruft Tagesordnungspunkt 16 und den Änderungsantrag auf, er verweist auf die Vorberatung im Personalausschuss. - Ich rede noch drei Minuten, damit Sie sich alle noch in Ruhe hinsetzen können, das ist schon mal gut.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen gehören zu den am schlechtesten gestellten Arbeitenden, das ist nicht nur bei der Stadtverwaltung so, das ist überall so. Sie werden in der Regel schlechter bezahlt, sind in keiner Personalvertretung, müssen ständig flexibel sein, um vielleicht an anderer Stelle eingesetzt zu werden als es aktuell der Fall ist, und sie werden oft von Leiharbeitsfirmen nach Auslaufen des Auftrages einfach gekündigt. An dem kann man als Stadtverwaltung natürlich nichts ändern, aber wenigstens an einer Stelle, wenn wir selbst Leiharbeit ausschreiben, können wir dafür sorgen, dass leiharbeitende Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter das gleiche Geld bekommen wie die Kolleginnen und Kollegen, an deren Seite sie jeden Tag arbeiten, mit denen sie die gleichen Handgriffe erledigen und zusammen im Büro die gleichen Tätigkeiten verrichten. Natürlich sollen Beschäftigungsverhältnisse, die zur Eingliederung dienen und dem sozialen

Arbeitsmarkt zugehören, davon nicht betroffen sein. Deshalb auch der Änderungsantrag zu unserem eigenen Antrag, den wir gestern noch kurzfristig nachgereicht haben. Dazu müssen wir aber leider sagen, dass wir aus der Stadtverwaltung kein oder erst am Donnerstag das Signal bekommen haben, dass es da einen Konflikt geben könnte. Wir gehen jetzt einfach davon aus, dass wir unseren eigenen Änderungsantrag übernehmen können und sich unser Antrag somit nur an die Leiharbeitenden richtet, die nicht von den Arbeitsförderungsbetrieben kommen, um wieder ins Berufsleben der Stadtverwaltung eingegliedert zu werden. Wir wünschen uns, dass die Stadtverwaltung eine noch sozialere Arbeitgeberin wird und Vorbildfunktion für die gesamte Wirtschaft hier in der Gegend übernimmt und bitten deshalb inständig darum, dass unserem Antrag zugestimmt wird.

Stadtrat Krug (CDU): Für die CDU-Fraktion stellt sich dieses Problem nicht, wie es mein Kollege Joshua Konrad dargestellt hat. Deswegen werden wir auch der Empfehlung der Verwaltung folgen und den Antrag ablehnen. Ich verweise zur Begründung lediglich auf die wichtigsten Punkte in der Antwort des Dezernats 2. Die Stadt bemüht sich, den Einsatz von Leiharbeitern auf das absolut Notwendige zu begrenzen, es wird von Notsituationen gesprochen. Die Stadt verhält sich selbstverständlich rechtstreu, aber das haben Sie ja auch nicht bestritten. Natürlich gelten die Branchentarifverträge der Leiharbeiter, was eben auch bedeutet, dass konkret nach neun Monaten im selben Betrieb Equal Pay gilt, das heißt sie erhalten das gleiche Entgelt wie die Festangestellten. Ganz außer Acht kann man meines Erachtens auch nicht lassen, dass auch wenn bei den Leiharbeitern eine hohe Expertise und Qualifikation vorhanden ist, es dann und wann auch mal vorkommt, dass sie auch eine Zeit zur Einarbeitung benötigen. Letztlich gibt es noch das Argument, dass Herr Oberbürgermeister sicher gerne hört. Die CDU stimmt ausdrücklich zu, dass sich die Stadtverwaltung aus haushaltsrechtlichen Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet fühlt, auch wenn dieses Argument sicher in den nächsten Wochen auf uns zurückkommt.

Stadträtin Fischer (SPD): Auch wir können den Antrag nicht unterstützen, und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen. Wir denken, es ist der richtige Weg, dass alles getan werden muss, um Leiharbeit insgesamt zu verhindern und nicht noch besonders zu unterstützen. Ich denke, erstmals haben wir es im Personalausschuss gehört, wir haben circa drei Prozent Leiharbeitnehmer bei der Stadt. Es ist wirklich ein sehr geringer Anteil und dabei sind schon die Arbeitnehmerüberlassungsverträge aus den Arbeitsförderbetrieben eingerechnet. Wir sollten aber ganz bewusst darauf achten. Wir haben mal in einer Statistik vorgelegt bekommen, dass wir zum Beispiel beim Amt für Abfallwirtschaft immer noch sehr viele Leiharbeitsverhältnisse haben, und da gilt es anzugreifen und dafür zu sorgen, dass dort in diesem Bereich die Arbeitnehmerüberlassung zurückgefahren wird. Die Verwaltung hat zu recht darauf hingewiesen, dass es für die Arbeitnehmerüberlassung im Bereich der Arbeitsförderbetriebe auch eine andere Möglichkeit gäbe, das nicht über Arbeitnehmerüberlassung zu regeln. Das sollten wir dann tatsächlich mal im zuständigen Aufsichtsrat, mithilfe des Personalamtes erörtern, wie man das anders gestalten könnte. Das hat aber mit diesem Antrag, der hier gestellt wurde, überhaupt nichts zu tun.

Stadtrat Lancier (KULT): Vor genau einem Jahr war das Thema hier schon einmal im Plenum, und wir haben auch damals dem Antrag bereits zugestimmt. Der Antrag auf gleiche Bezahlung ist nach unserer Auffassung eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Dass die Personalunternehmen einen Beitrag für ihre Dienstleistung erhalten, halten wir für unfraglich, aber dass der Arbeitnehmer das bezahlen soll, der schließlich bereits alle Nachteile aus solchen unsteten und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen trägt, halten wir für ungerecht.

Nicht zuletzt, wie auch gerade eben schon von der Kollegin Fischer genannt, haben wir eine sehr geringe Anzahl an Leiharbeitnehmern, das heißt, um an dieser Stelle eine Vorbildfunktion zu erfüllen, braucht es noch nicht einmal einen besonders hohen finanziellen Ausgleich. Von daher sehen wir eine solche Haltung, dass die neun Monate ausgereizt werden, nicht für vorbildlich. Dass die Stadt bei gleicher Bezahlung, für die gleiche Arbeitsleistung dann, dadurch dass sie das Personalunternehmen bezahlt, mehr ausgeben muss, ist auch gerecht, denn die Stadt profitiert von den Nachteilen, die der Arbeitnehmer trägt. So betrachtet lautet die Frage eigentlich eher, warum die Zeitarbeitsbeschäftigungen nicht gerechterweise besser bezahlt werden, als ihre Kollegen, die in Festanstellungen und in Sicherheit leben.

Stadtrat Jooß (FDP): Equal Pay ist nicht gleich Equal Pay. In diesem Bereich haben die GRÜNEN noch erheblichen Weiterbildungsbedarf. Den hat die Verwaltung in hervorragender Weise mit ihrer Stellungnahme erbracht, denn man kann Leiharbeiter nicht mit langjährigen Mitarbeitern der Stadt gleichsetzen. Man kann eben nicht alles gleich machen, aber alles gleich differenzieren. Wir folgen deswegen der Vorlage der Stadtverwaltung und lehnen den Antrag ab, gleichbezahlte Arbeit ist für uns übrigens genauso wichtig und notwendig, das steht außer Frage, nur die Stadtverwaltung hat auch andere Kriterien dargelegt, und damit ist die Ablehnung begründet.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Als Betriebsratsmitglied weiß ich, dass die Sache mit den Fremdfirmen- beziehungsweise Partnerfirmenmitarbeitern durchaus problematisch sein kann. Ich weiß aber auch, dass die Interessen der Mitarbeiter, die sich im Betrieb der Arbeitnehmerüberlassung befinden, durchaus vom Betriebsrat mitvertreten werden. Da hat sich eine gesetzliche Änderung ergeben. Der Betriebsrat ist für die Leute, die in Arbeitnehmerüberlassung sind, auch zuständig, also anders, als es eben der Kollege Konrad gesagt hat. Bei den Mitarbeitern, die in einem Werkvertrag arbeiten, wird die Leistung einer Firma insgesamt abgerufen, das heißt, die sind dann in ihrer Firma im Betriebsrat organisiert und vertreten. So gesehen gibt es schon eine Vertretung. Natürlich ist es so, dass es ungerecht ist, dass für dieselbe Arbeit die ersten neun Monate lang, so ist es inzwischen im Gesetz geregelt, mitunter verschieden viel gezahlt wird. Das ist zu bemängeln, aber das Problem ist, wenn es diese Regelung nicht gäbe, dann würden viele Menschen, die über den Umweg der Arbeitnehmerüberlassung den Weg in ein Unternehmen finden, diesen Weg eben nicht mehr finden. Oft genug ist es eben so, dass die Unternehmen die Leiharbeiter vertraglich verpflichten und dann nach einer gewissen Zeit den Arbeitnehmern ein Angebot machen und diese dann fest in die Firma wechseln können. Ich kenne persönlich einige Leute vom Amt für Abfallwirtschaft, bei denen es genau so war. Die sind in Arbeitnehmerüberlassung dort hingegangen und sind dann irgendwann fest angestellt worden. Ich fände es schade, wenn wir jetzt durch diese Regelung den Leuten diese Chance nehmen würden. Ein Stück weit wäre es dann sicher so, dass die Firmen, wenn von Anfang an derselbe Betrag bezahlt werden müsste, nicht mehr motiviert wären, einer kleinen Gruppe von Menschen als Arbeitnehmer in Arbeitnehmerüberlassung eine Chance zu geben durch ihre Leistung auf sich aufmerksam zu machen und am Ende dann eine Festanstellung zu bekommen. Deswegen werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Zunächst, Herr Oberbürgermeister, eine Bemerkung an unseren Bäckermeister und Kollegen Jooß, ich glaube, ein Leiharbeiter, der in einer Bäckerei für die Spitzen gebraucht wird, kann die Brezel genauso gut machen, also muss er

das gleiche an Gehalt bekommen. Ich verstehe Ihr Argument nicht, denn schließlich sind es in der Regel auch Menschen, die irgendeine Tätigkeit gelernt haben und verliehen werden. Ich möchte aber auch der Kollegin oder dem Kollegen sagen - ich weiß nicht mehr, wer es gesagt hat, wir würden Leiharbeit fördern, wenn wir sie gleich bezahlen - das ist totaler Humbug. Die Beschäftigten, die Arbeiterinnen und Arbeiter oder die Beschäftigten, die jetzt über Leiharbeitservices in die Stadt gekommen sind, warum wollen wir die denn bestrafen? Es ist doch genau umgekehrt, wenn wir sie gleich bezahlen, wie es auch der Kollege von der KULT gesagt hat, dann müssen wir etwas mehr an diese Firma bezahlen, weil die immer etwas dazuverdienen möchte. Das heißt, die Schwelle Leiharbeiter einzustellen wäre höher, und das müsste der Gesetzgeber sogar bundesweit einheitlich so bestimmen. Warum? Damit Leiharbeitende, wenn überhaupt, nur für Spitzen in den Betrieben zur Verfügung stehen, aber nicht als Standardbeschäftigte, weil man besser manövrieren kann. Das heißt, wenn Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gleichgestellt werden, ist es nur korrekt, und wenn doch vonseiten der Stadt gesagt wird, wir haben nur ganz wenige, dann hat es der Kollege auch schon gesagt, dann können wir es doch auch finanzieren. Warum wollen wir hier nicht Vorbild sein und sagen, gleiche Arbeit, gleicher Lohn, egal welches Geschlecht und egal welche Art von Anstellung. Das wäre jetzt unsere Forderung, und wir unterstützen den Antrag.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Normalerweise würde ich hier keine zweite Runde aufmachen, aber eines finde ich schon bemerkenswert, liebe SPD. Vor einem Jahr, als der Antrag hier schon mal behandelt wurde, gab es überschwängliche Worte von Ihrem Vorsitzenden, wie sinnvoll es ist, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gleich zu bezahlen. Damals haben Sie gesagt, dass es nur fair ist, sämtliche Argumente konnten Sie heute wieder hören, und es hat sich seitdem nichts verändert. Was hat sich verändert? Die Meinung der SPD. Umgefallen aus Gründen, die damals genauso bekannt waren, aber heute offenbar nicht mehr gelten. Ich sage es ganz ehrlich, mich wundert bei der SPD nichts mehr, und mich wundern auch Ihre Umfragewerte nicht. Wer so zu sozialen Belangen steht, braucht sich nicht wundern, wenn er als sozialdemokratische Partei nicht mehr wahrgenommen wird.

Stadtrat Pfalzgraf (SPD): Also ich muss feststellen, obwohl Sie, oder Du lieber Joshua, Gewerkschaftsmitglied bist, Ihr habt als GRÜNE einfach nicht kapiert, um was es hier geht. Gisela Fischer hat es sehr deutlich gesagt, und das haben wir auch beim letzten Mal so vertreten. Wir wollen keine Leiharbeit, und wir wollen nicht mit so einer Regelung, wie Ihr sie im Antrag fordert, Leiharbeit in irgendeiner Weise eben doch als hoffähig betrachten und legalisieren. Sie ist vom Gesetz legalisiert, ist völlig klar. Wir wollen, dass Leiharbeit grundsätzlich ausbleibt. Da muss man unterscheiden, reden wir über eine Arbeitnehmerüberlassung und Werkverträge oder reden wir über Leiharbeiter als permanente Kapazität oder um längerfristig Spitzen abzubauen. Da haben wir einen himmelgroßen Unterschied, und genau da setzen wir an, und das haben wir damals auch bei der Frage vom Amt für Abfallwirtschaft hier in unseren Redebeiträgen sehr deutlich gemacht. Wir wollen keine Leiharbeiter und deshalb können wir einem Antrag nicht zustimmen, der Leiharbeiter gut bezahlt.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung, ich habe den Ergänzungsantrag sozusagen als ergänzenden Teil zum Beschluss verstanden, sodass wir beide zusammen aufrufen können, und darf jetzt um Ihr Votum bitten. - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Ich darf noch für das Protokoll festhalten, dass Frau Stadträtin Melchien und

Herr Stadtrat Bernhard nicht an der Abstimmung teilgenommen haben, das sie die Sitzung verlassen haben.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
15. November 2018